

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Mirković stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23.9.2021 die folgende



ANFRAGE

betreffend

ANTRÄGE VON WIEDNER:INNEN BEI DER MA35

Gemeinderät:innen in Wien können auf Amtswegen in allen Bürger:innen-Angelegenheiten bei den zuständigen Behörden nachfragen. Die Behörden müssen antworten.

- Können das auch die Bezirksvorsteher:innen in Wien?
- Falls ja, hatte die Bezirksvorsteherin Mag.a Lea Halbwidl in ihrer Amtszeit bereits Kontakt zur MA35 wegen Anträgen von Wiedner:innen gehabt?
- Falls ja, welche Erfahrungen hat sie mit der Behörde gemacht?
- Hat die Bezirksvorsteherin der Wieden Ideen und Vorschläge, wie die Bezirksvertretung die Menschen im Bezirk bei ihren Anträgen und den Umgang mit der MA35 unterstützen kann?
- Wie viele Wiedner:innen sind tatsächlich von den Aufenthaltsvorschriften und dieser Behörde abhängig?
- Wie viele Beschwerden von Wiedner:innen gab es 2021 gegen diese Behörde?
- Wie viele Wiedner:innen warten bereits länger als sechs Monate auf ihre Bescheide bei dieser Behörde?

BEGRÜNDUNG

Die Erfahrungen zeigen immer wieder, dass Behörden leider oft erst auf Interventionen von Politiker:innen oder Medien in Bürger:innen-Angelegenheiten aktiv werden und/oder einlenken. Die MA35 steht seit längerem in massiver, anhaltender Kritik. Es hat in den letzten Tagen einige Demonstration gegen die Zustände in der Behörde gegeben.

Die Missstände scheinen enorm.

Da eine Reform der Behörde etwas Zeit brauchen wird, müssen wir die Wiedner:innen in jeder uns möglichen Form bei ihrem Recht auf Recht unterstützen. Es darf nicht sein, dass die MA35 die maximale Bearbeitungsfrist von sechs Monaten regelmäßig überschreitet und Wiedner:innen und Wiener:innen dadurch in extreme existentielle Not bringt. Denn mit ausstehenden Aufenthaltsgenehmigungen werden auch fast alle Einkommensmöglichkeiten zunichte gemacht und die Rechte auf Soziale Sicherung gehen verloren.